Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214 — 1921 Nr. 43

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.—, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, 27. Januar

Anzeigenpreis: Die 6gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Nähere nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Eine Regierungserklärung

Erklärungen Dr. Simons

× Berlin, 26. Januar.

Aus Anlaß zahlreicher Aeußerungen der Inlands- und Auslandspresse, die sich mit der Frage der Reparationsverhandlungen beschäftigen, ließ sich gestern abend der Reichskanzler vom Reichsminister des Aeußeren und dem Reichsfinanzminister eingehend über diese Frage unterrichten. Es bestand Uebereinstimmung in folgender Beurteilung der Sachverhältnisse und der Stellungnahme der deutschen Regierung:

Noch wie vor ist es ein **dringendes Interesse Deutschlands**, die Höhe seiner Reparationsschuld **sobald als möglich** kennen zu lernen. Es hat ein **vertragliches Recht** darauf, daß ihm diese Kenntnis bis zum 1. Mai 1921 verschafft wird. Andererseits erkennt Deutschland an, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einhaltung der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den alliierten Regierungen über Teilleistungen Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen.

In diesem Sinne hat sie den Seydoux'schen Plan als Basis der weiteren Verhandlungen angenommen. Der Plan sieht voraus, daß Deutschland fünf Jahre lang jährlich Leistungen in Höhe von 3 Milliarden Goldmark macht, und daß die Jahresleistungen nicht durch Geldzahlungen, sondern durch Sachlieferungen erfolgen werden. Die deutsche Regierung verlangt nun, daß bei den Verhandlungen über den Plan die zahlenmäßige Höhe der Jahresleistung einstweilen vorbehalten bleibt, daß zunächst die Frage der Sachlieferungen und die in Brüssel von der deutschen Delegation zur Sprache gebrachten **Voraussetzungen der deutschen Leistungsfähigkeit** erörtert werden, und daß über die Höhe der Gesamtschuld nicht erst nach Ablauf der nächsten 5 Jahre, sondern **sobald wie möglich** verhandelt wird.

Dieses Vorlangen ist von dem französischen Botschafter in Berlin bei seiner entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außenminister **als berechtigt anerkannt** worden und bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen. **Ohne ein Entgegenkommen der alliierten Regierungen** auf dem von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebiet könnte die **deutsche Regierung die Annahme des Seydoux'schen Planes**, die ein großes Entgegenkommen ihrerseits darstellt, **nicht verantworten**.

Die Brüsseler Sachverständigenkonferenzen sind noch nicht zu Ende geführt. Es ist eine Pause eingetreten, damit inzwischen von beiden Seiten bezeichnete Sachverständige zusammenkommen um bestimmte technische Vorfragen der Reparation miteinander zu erörtern. Auch diese Erörterungen sind erst zum Teil erledigt. Die gegenwärtige Tagung der Ministerpräsidenten in Paris steht mit dem vereinbarten Gang der Reparationsverhandlungen in keinem unmittelbaren Zusammenhang.

Sie kann weder die noch ausstehenden Besprechungen der Sachverständigen, noch die in Spa zugesagte Genfer Konferenz ersetzen. Vorher bedarf es noch einer Konferenz der industriellen Sachverständigen über die Methoden der Sachleistung.

Die Ententeberatungen

Paris, 26. Januar.

Die Sachverständigen für militärische, Marine- und Luftschiffahrts-Angelegenheiten traten heute vormittag unter dem Vorsitz Fochs zusammen. Diese Sachverständigen, die von dem Obersten Rat beauftragt worden waren, eine Liste aufzustellen **über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie** Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen wären, bildeten drei Kommissionen, die eine für militärische, maritime und Luftschiffahrts-Angelegenheiten. Diese Kommission behandelte die ihr zugewiesenen Fragen, die deutsche Militärgesetzgebung, die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Einwohnerwehren, die Auflösung der Sicherheitspolizei, die Auslieferung und Zerstörung des militärischen, maritimen und Luftschiffahrtsmaterials, die Zahlung einer Entschädigungssumme für die zerstörten Gegenstände oder das ausgeführte Material usw. Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Nachmittags versammelten sich die Sachverständigen wiederum, um den Gesamtbericht über die einzelnen Berichte der drei Kommissionen festzustellen. Dieser Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlußfolgerung enthalten und die Notwendigkeit von den Mächten die Ausführung der vorgesehenen Zwangsmaßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen zu verlangen. Diese Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen. Die weitest ausgedehnte Frist geht aber nicht über den Monat Juni hinaus.

*

Ueber die heutige Vormittagssitzung der Konferenz wird folgendes offizielle Communiqué ausgegeben: Die Konferenz nahm um 11 Uhr das Exposé des Ministers Doumer über die Reparationsfrage entgegen. Es wurden seitens der Mitglieder der Konferenz nähere Aufklärungen verlangt, die der französische Finanzminister beizubringen versprach. Er wird ergänzende Dokumente liefern. Sobald die Mitglieder der Konferenz Kenntnis von diesen Dokumenten haben, wird die Reparationsfrage wiederum auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden.

Die Außenhandelspolitik

In der Dienstagsitzung des Hauptausschusses gab Reichsminister Dr. **Simons** folgende Darstellung über die Ein- und Ausfuhrpolitik:

Was die Frage des Verhältnisses des Auswärtigen Amtes zum Reichswirtschaftsministerium und die einheitliche Führung der Aus- und Einfuhrpolitik angehe, so bestehe kein Zweifel, daß die augenblickliche Regelung der Wahrnehmung unserer Außenhandelsinteressen nicht die endgültige sein könne. Hierüber seien sich beide Behörden einig, und es finde zurzeit ein Ideenaustausch über die Regelung dieser Fragen statt. Ein erschwerendes Moment sei allerdings, daß gerade die Außenhandelsstelle des Auswärtigen Amtes zurzeit in einer Umformung begriffen sei. Es sei zu hoffen, daß die Kompetenzen zum Reichswirtschaftsministerium schärfer abgegrenzt werden. Einen Versuch, dieses Problem durch die Bildung eines neuen Ministeriums, etwa eines Reichshandelsministeriums, zu lösen, hält der Minister nicht für glücklich. Die Bewegung, die für die Schaffung einer besonderen Behörde eintrete, dürfe nicht unterschätzt werden, vom Standpunkt des Auswärtigen Amts aus könne er sich keinesfalls damit einverstanden erklären. Eine solche Schwierigkeit in der Behandlung der Ein- und Ausfuhrpolitik liege darin, daß auch das Reichswirtschaftsministerium mit seinen Außenhandelsstellen recht unübersichtlich geworden sei. Das Staatssekretariat für die Wirtschaft im Auswärtigen Amt sei zu dem Zweck eingerichtet, um alle außenpolitischen Entschließungen zu kontrollieren, wie sie auf die Außenwirtschaft des Reiches wirken; das gleiche gelte für die Entschließungen anderer Ministerien. Diese Aufgabe sei durch die neue Form der Handelsverträge kompliziert. Durch den Krieg und seine Folgen sei man vom Abschluß von Tarifverträgen mehr und mehr abgekommen, denn diese beruhen auf dem freien privatwirtschaftlichen Verkehr, während Warenmangel und Finanznot jetzt alle Staaten zu einer Art staatssozialistischer Wirtschaftspolitik drängen. Daher sei man jetzt auf die Form der Kompensationsverträge gekommen, wie sie gerade auch zwischen der Schweiz und uns auf der Tagesordnung ständen. Hierbei empfehle sich eine weitgehende Heranziehung der Interessenten, damit soweit als möglich der etwas schwerfällige Apparat der Staatsverträge vermieden würde. Eine gesunde Wirtschaftslage habe allerdings solche Kompensationsverträge nicht nötig. Solange wir aber in unserer jetzigen Lage sind, werden sich Kompensationsverträge nicht vermeiden lassen und werde eine Kontingentierung der Ein- und Ausfuhr nötig sein.

Der Minister geht dann auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausfuhr deutscher Bücher entgegenstellen, ein, und weist darauf hin, daß er auf die Gefahren, die dem deutschen Bücherhandel infolge unserer schlechten Valuta drohten, rechtzeitig hingewiesen und schon in anderer Stellung seit dem Herbst 1919 dem Vertreter des deutschen Buchhandels einen unmittelbaren Bücheraustausch mit dem Auslande vorgeschlagen habe, damit der deutsche Buchhandel und die deutsche Kulturpropaganda im Auslande nicht unter der schwankenden Valuta leide.

Er lege auch jetzt noch Wert darauf, den Versuch zu einem solchen Bücheraustausch mit dem Auslande zu machen, obwohl die Schwierigkeiten inzwischen größer geworden sind.

Die Anregungen, die in bezug auf die **Frage der internationalen Verständigungsversuche** gemacht seien, wolle er gern aufnehmen. Er werde die nötigen Schritte tun, damit dem Reichstag eine Denkschrift hierüber vorgelegt werde. Allerdings würde es besser sein, verschiedene im Laufe des Jahres stattfindende internationale Ereignisse abzuwarten. Auch werde in der Denkschrift nicht nur von den Fortschritten, sondern auch von den Hemmnissen der Verständigung zu berichten sein. Bedauerlich sei es, daß Deutschland auf der im März stattfindenden internationalen Tagung des Roten Kreuzes nicht vertreten sein werde. Es sei nachträglich aber unsere Zulassung von der Abgabe einseitiger Erklärung abhängig gemacht worden, die sich mit unserer Würde nicht vereinbaren ließen.

Die Frage der Unterbeamten wolle er nicht näher erörtern. Die erwähnten Vorfälle seien untersucht und bei der Auswahl der Unterbeamten werde mit besonderer Vorsicht verfahren. Gerade von der Ehrlichkeit und Redlichkeit dieser Beamten hinge viel ab. Er könne aber zu seiner Freude feststellen, daß das untere Personal des Auswärtigen Amtes, soweit er es kenne, durchaus lobenswerte Dienste leiste. Die Beantwortung der Anfragen wegen der Ministerialsekretäre wolle er seinem Referenten überlassen.

Das **holländische Kreditabkommen** müsse jetzt am besten seiner Betätigung überlassen bleiben, damit es sich selbst auswirken kann. Rückwärts gerichtete Betrachtungen halte der Minister nicht für nützlich. Ueber dem Abkommen selbst habe ja mancher Unstern geschwebt, besonders insofern, als das Einverständnis der Alliierten nicht so klar ausgesprochen sei, als für die Sicherheit des Abkommens wünschenswert gewesen wäre. Die Ratifizierung habe sich deshalb in die Länge gezogen, und dadurch sei in Holland viel böses Blut entstanden, das durch einige Kleinigkeiten, wie das Marmelade- und Heringsabkommen, noch vermehrt sei. Die Verstimmung über das Kreditabkommen in Holland sei jetzt als beseitigt zu betrachten. Der Minister benutzte diese Gelegenheit, um der holländischen Regierung und den holländischen Wirtschaftskreisen nochmals den Dank dafür auszusprechen, daß sie als Erste bereit gewesen seien, Deutschland mit Kredit zu Hilfe zu kommen. Er gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das Abkommen zu ständiger Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Holland führen werde.

Kaisers Geburtstag

Erinnerungen

Von Polizeidirektor Dr. Henninger-Berlin.

Noch vor 3 Jahren wurde der 27. Januar festlich begangen, draußen beim Heere, das sich auf die siegreiche Frühjahrsoffensive im Westen vorbereitete, und drinnen in der Heimat, wo die große Mehrheit des deutschen Volkes von der den Siegeswillen lähmenden Friedensresolution des Juli 1917 abgekommen und weiter zum Durchhalten gewillt war. Nur unter den von Spartakusanhängern und von unabhängigen Sozialdemokraten verhetzten Metall- und Munitionsarbeitern gärte es damals schon, und der große Arbeiterausstand in Berliner Betrieben vom 28. Januar bis 2. Februar 1918 war das Vorspiel für den Umsturz und die Vorprobe für den Dolchstoß von hinten gegen das den Endkampf im Osten beendende und zum Endkampf im Westen sich rüstende deutsche Volksheer. 10 Monate später erreichten die Dunkelmänner der vorerwähnten Berliner Ausstandsbewegung mit Hilfe von Joffe, Wilson und Scheidemann ihr Ziel, und der deutsche Kaiser mußte auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone verzichten, nachdem die von ihm selbst eingesetzte Reichsregierung ihn am 9. November 1918 preisgegeben und seine eigene Oberste Heeresleitung ihn zum Uebertritt nach Holland durch die Meldung bewogen hatte, daß seine Sicherheit im Hauptquartier des Heeres nicht mehr verbürgt sei.

Ob es richtig war, daß der in Berlin verratene und aus Spa verdrängte deutsche Kaiser in das neutrale Ausland ging, statt sich zu den Kampftruppen vorn am Feinde zu begeben, darüber sind die Meinungen vielfach noch geteilt. Falsch ist es aber, aus dem vielleicht voreiligen Uebertritt nach Holland den Vorwurf der Feigheit für den am 9. November 1918 verratenen und verkauften Träger der deutschen Krone herzuleiten. Allen, die bei der Abreise des deutschen Kaisers aus Spa zugegen waren, wird es unvergeßlich sein, wie sehr sich der von seinem eigenen Reichskanzler und dessen Helfern entthronte Herrscher gegen diese Abreise sträubte, und es verlohnt sich wohl, kurz der Ursachen für die angebliche „Flucht" des Kaisers an seinem heutigen 62. Geburtstage zu gedenken.

Nachdem seit Ende April 1918 nach dem Frieden im Osten der russische Botschafter Joffe und andere bolschewistische Sendlinge innerhalb des Deutschen Reiches für den Umsturz der deutschen Staatsgewalt, wenn auch nicht mit Billigung, aber mit schwächlicher Duldung der Reichsregierung, hatten werben können, drängten nach dem übereilten Waffenstillstandsangebot des Prinzen Max von Baden innerhalb dieser Regierung von seiten des äußeren Feindes Präsident Wilson und von seiten des inneren Feindes Staatssekretär Scheidemann im Oktober 1918 auf die Entthronung des Kaisers hin. Als sich letzterer am 29. Oktober an die Front begab, wurde ihm der Minister Drews nachgeschickt, um in Spa im Auftrage des Reichskanzlers über die innere Lage und die nunmehr auch von der Sozialdemokratie gestellte Forderung der Abdankung des Kaisers Vortrag zu halten, und wenige Tage darauf, unmittelbar nach der Matrosenmeuterei in Kiel mit ihren Folgeerscheinungen, gewann Ludendorff's Nachfolger, General Groener, bei kurzem Aufenthalt in Berlin im Verkehr mit der Reichsregierung und sozialdemokratischen Führern den Eindruck, daß die Abdankung des Kaisers angesichts der Entwicklung in der Heimat kaum länger aufgehalten werden könnte. Am 8. November äußerte der Kaiser im Hauptquartier die Absicht, an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wieder herzustellen; General Groener erhielt Befehl, diese Operation vorzubereiten. Am 9. November vormittags 10 Uhr fand beim Kaiser der militärische Vortrag über die inzwischen sich immer mehr verschlechternde Lage statt, wobei die Berliner Eindrücke des Generals Groener die zu fassende Entschließung nachhaltig beeinflussen mußten. Etwa gleichzeitig liefen aus Berlin die ersten telephonischen Meldungen über Arbeitseinstellungen und Straßenkundgebungen großen Umfangs ein. Und während man in Spa noch beriet, erschienen schon im Berliner Reichskanzleramt die sozialdemokratischen Führer Ebert, Braun und Scheidemann, um unter Hinweis auf den Uebergang von Soldater zu den Arbeitern mitzuteilen, daß zur Vermeidung von Blutvergießen und zum Schutze der öffentlichen Ordnung die Uebernahme der Geschäfte von seiten der Sozialdemokratie für nötig erkannt sei. Nach kurzer Beratung mit seinen Kabinettsmitgliedern übertrug darauf der eingeschüchterte Prinz Max von Baden aus eigener Machtvollkommenheit dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Ebert die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers und sich gleichzeitig von sich aus der Presse eine in der Reichskanzlei von Dr. Simons schon vorbereitete Erklärung zugehen, daß der Kaiser und König sich entschlossen habe, dem Thron zu entsagen, obwohl eine solche Entschließung aus Spa noch nicht vorlag und der Umgebung des Reichskanzlers, namentlich dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe, bekannt war, daß die Ansicht der letzten kaiserlichen Regierung von der unbedingt notwendigen Abdankung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101271-19/fragment/page=0001

des Kaisers im Großen Hauptquartier trotz dringenden Telephonierens noch immer nicht durchweg geteilt wurde.

Erst als die große historische Lüge von der bereits erfolgten Abdankung des Kaisers und Königs schon durch die Mittagsblätter öffentlich Verbreitung fand und den Machtumsetzung in Berlin zugleich mit dem von ihr beeinflußten Schießverbot des Generalobersten von Linsingen bewirkte, vollzog sich in der Heimat der Umsturz vom Kaisertum zur Republik ohne Widerstand von seiten der bisherigen Staatsgewalt wie ein närrischer Spuk, und die in Spa und im Felde eintreffenden Nachrichten erschütterten auch dort die Disziplin des Heeres so stark, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Groener dem noch immer nicht zur Abdankung entschlossenen Kaiser den Rat erteilen mußten, das Hauptquartier sofort zu verlassen und nach Holland zu gehen, da sie glaubten seine Sicherheit nicht einmal mehr für die nächste Nacht verbürgen zu können. Gleichzeitig erteilten diese beiden militärischen Ratgeber des Herrschers dem im Hauptquartier anwesenden Staatssekretär Hintze den Auftrag, sofort durch das Auswärtige Amt in Berlin die nötigen Schritte für die Einreise des von dem letzten kaiserlichen Reichskanzler entthronten Monarchen nach Holland zu tun.

So ging der Kaiser von Spa nach Holland. Ihm daraus aber, daß er dem Rat von Hindenburg und Groener folgte, den Vorwurf der Feigheit zu machen, wie es von sozialdemokratischer Seite geschehen ist, steht allen denen schlecht zu Gesicht, die durch den Verlauf des Berliner Umsturztages ebenso überrascht wurden wie der Kaiser und seine Umgebung in Spa, wie die Reichsregierung und die Bevölkerung in Berlin und nicht zuletzt wie die sozialdemokratischen Führer selbst, die sich am Morgen des 9. November 1918 nicht hatten träumen lassen, daß ihnen bis zum Abend dieses schwarzen Tages die Staatsgewalt zufallen würde. Hätte sich die kaiserliche Regierung in Berlin nicht ebenso wie durch die Wilsonschen Noten durch das selbstbewußte Auftreten dieser sozialdemokratischen Führer zum Schaden der Krone und zum Schaden des Reiches beeinflussen lassen, wäre die Ausreise des Kaisers nach Holland wohl nicht notwendig geworden, und Heer und Beamtenschaft hätten weiter ihrer Eidespflicht eingedenk bleiben müssen, dem Kaiser und König in unverbrüchlicher Treue ergeben zu sein.

Die Frau in der Gerichtsbarkeit

Wüste Lärmszenen der Linken — Die Deutschnationalen verlassen den Saal

Deutscher Reichstag

w. Berlin, 28. Januar.

Bei sehr schwach besetztem Hause wird die Beratung des Justizetats fortgesetzt.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vpt.): Wir leben unter den Folgen des unerhörtesten Rechtsbruchs der Weltgeschichte. Im Innern drohen uns Umsturzgelüste, die der Zug jeder Revolution sind. Auch wir würden es begrüßen, wenn in Bayern der Ausnahmezustand beseitigt werden könnte, aber es handelt sich um einen Rechtsfriedenspunkt, der außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Staatsautorität erfordert. Wir hoffen, daß es in nicht zu ferner Zeit zum Abschluß des großen Reformwerks im Strafgesetz und in der Strafprozeßordnung kommt. Die Uebergangsvorlage darf nicht der großen Reform vorgreifen. Der Entwurf über die Jugendgerichte muß aber beschleunigt verabschiedet werden. Wir müssen die Jugend retten, wenn wir überhaupt zu einem Wiederaufbau des Vaterlandes kommen wollen. (Beifall.) Der Strafvollzug ist seiner Bedeutung entsprechend zu regeln. Die Bildung von Fachgruppen der Studenten kann der Fortbildung sehr förderlich sein. Die Vereinfachung des Prüfungswesens und die unbedingte Freigültigkeit im Reiche sind durchaus berechtigte Forderungen der Studenten. Die Beschränkung des Studiums auf 2½ Jahre muß all'n Kriegsteilnehmern zu gute kommen. Wenn das Ansehen der Justiz immer mehr schwindet, so sind dafür verantwortlich die Reden und Schriften der sozialdemokratischen Parteien. (Sehr richtig! rechts.) Die schwierige Aufgabe der Verfolgung der Kriegsverbrecher wird vom Reichsgericht in vorbildlicher Weise gelöst. Wenn aber die Feinde trotzdem die Unparteilichkeit unseres höchsten Gerichtshofes anzweifeln sollten, so können sie sich leider auf die Reden berufen, die hier auf der linken Seite gehalten worden sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wie die Sozialisten das Urteil gegen die Marburger Studenten angreifen können, ist unverständlich. Unsere Richter haben zum Glück ein starkes Gefühl für die Staatsautorität und den Schutz der öffentlichen Ordnung. An Stelle dieses sittlich so hochstehenden Richterstandes wollen die Sozialdemokraten eine Art Gewaltparlament setzen. Das machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.) Gegen die Bitte der von den Sozialdemokraten aufgeführten angeblichen Fehlurteile können wir leicht eine Gegenliste machen. Wir machen das aber nicht. Wir lehnen es überhaupt ab, den von Ihnen konstruierten künstlichen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft anzuerkennen. (Gelächter bei den Soz. Abg. Dr. Moses (Soz.): Spielen Sie doch nicht Komödie.) Wir bestreiten, daß die Arbeiter vor Gericht schlechter behandelt werden als andere. Wir lehnen das Volksrichertum ab. Die Zulassung von Frauen zum Richteramt kann man nicht unter Berufung auf die Reichsverfassung fordern. Wir wollen aber über die Eignung der Frau zum Richteramt sachlich beraten, können aber den Antrag der Frauen aller Parteien nicht ohne weiteres annehmen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Fehlurteile vorkommen, erheben aber deswegen nicht, wie die kommunistischen Interpellanten den Vorwurf der dauernden Rechtsbeugung. Da wir Frauen so naiv sind, die Verfassung wörtlich zu nehmen, müssen wir verlangen, daß die Frauen ganz gleichberechtigt mit den Männern als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen müssen alle Volksklassen berücksichtigt werden. Rednerin begründet hierauf den von weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag durch einen schleunigen Gesetzentwurf die Frau unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwalt zuzulassen. Wir brauchen eine

zeitgemäße Reform des Familienrechts.

Das Ehescheidungsverfahren ist eine unerträgliche Prozessur geworden, geradezu unsittliche Prozesse müssen jetzt geführt werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehescheidung erleichtert wird. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Dem Mann gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbescholtene Mädchen müssen schärfer bestraft werden, und das Schutzalter auf mindestens 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade, weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinausmüssen.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt sich jederzeit bereit, über die Kriegsverbrecher Auskunft zu geben. Zu dem Frauenantrag bemerkt er, daß die geplanten Aenderungen hinsichtlich der unehelichen Kinder dem Hause demnächst zugehen würden. Familien- und Frauenqüterrecht werden seinerzeit bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches mit erledigt werden. Was die Hinzuziehung der Frau zum juristischen Beruf anbelangt, so sind sie schon jetzt zur ersten Prüfung zugelassen. Die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau werden die weiteren Wege weisen. Die übrigen angeschnittenen Fragen werden bei dem Jugendgesetz herangezogen werden.

Abg. Sauerbrey (U. S.) hält an der Auffassung fest, daß Arbeiter anders behandelt würden, wie zum Beispiel Fürst Eulenburg. Schon damit sei der Beweis erbracht, daß wir einen Klassenstaat haben. Redner klagt über schlechte Verpflegung und Behandlung der Untersuchungsgefangenen und fordert, daß die gefangenen Arbeiter nicht dem freien Arbeiter Konkurrenz machen dürfen. So nötig die Staatsreform sei, so wenig sei er von einer Besserung überzeugt, denn der alte kapitalistische und reaktionäre Geist könne eben nicht beseitigt werden. Die Justiz habe stets den Kapitalismus geschützt, wie aus der Stellungnahme des Reichsgerichts zum Streik hervorgehe. Daß die Kriegsverbrecher heute noch frei umherlaufen, wird draußen nicht verstanden. Gegen die rote Armee ist sofort eingeschritten worden, warum nicht gegen die hochverräterischen Generale? Verlangen müssen wir eine Erklärung des Ministers, daß die Sache mit der Königspartei tatsächlich eine Fälschung ist. Das Geständnis Runges stammt bereits vom 6. Januar 1920. Es ist an Noske und an den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts von ihm eingesandt worden. Ich frage den Minister, ob er gegen den jetzigen Oberpräsidenten Noske und den früheren Präsidenten des Reichsmilitärgerichts Anklage wegen Unterschlagung wichtiger Aktenstücke erheben will. Eine von 7 Reichswehrsoldaten überfallene Frau in Rheinland-Westfalen soll ausgewiesen werden, weil der Prozeß der Regierung unbequem ist. Fahlas sind die Morde der Arbeiter in Westfalen durch Reichswehrsoldaten. Keine einzige Anklage hat der Staatsanwalt erhoben, das Proletariat wird diese Tat sühnen. (Erneuter Lärm, Zuruf: Hetzer!) Bei der ganzen Reform ist die Hauptsache, daß die alten, ungesühnten Verbrechen gegen die Arbeiterschaft endlich ihre Erledigung finden, damit das Vertrauen zur Justiz wieder hergestellt wird. Erst die restlose Bestrafung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die vom Vorredner angeführten Fälle werden dem zuständigen preußischen Justizministerium zur Erledigung überwiesen werden. Was sollen wir

gegen General Ludendorff

unternehmen, nachdem festgestellt ist, daß auf dem von der kommunistischen Presse veröffentlichten Dokument die Unterschriften von Ludendorff, Mentzow und Escherich gefälscht sind. (Lebhafte Hört-Hört-Rufe bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.) Was haben Sie überhaupt für ein Interesse daran, einen verdienten General zu verleumden. (Beifall rechts. Lärm links.), ein Verfahren gegen ihn zu fordern, wenn die Untersuchung des Reichsgerichts festgestellt hat, daß ein Verdacht des Hochverrats gegen ihn nicht vorliegt. (Großer Lärm auf der äußersten Linken. Beifall rechts.) Gegen Kapp und die übrigen Beteiligten des Hochverrats sind Steckbriefe und Haftbefehle erlassen und ist die Vermögensbeschlagnahme verfügt worden. Die deutsche Justiz teilt so hoch, daß sie sich auch durch Ihre unberechtigten Beleidigungen nicht hindern lassen wird, Gerechtigkeit zu üben, auch gegen Sie. (Beifall rechts. Unruhe bei den U. S.) Ich warne Sie dringend, mit der Gewalt zu spielen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Gewalt wird die Reichsjustizverwaltung mit der allerstärksten Energie und mit Erfolg gegenübertreten. (Stürmischer Beifall rechts. Lärm auf der äußersten Linken. Erneuter langanhaltender Beifall rechts.)

Abg. Dr Levy (Komm.): Dem Minister gegenüber wiederhole ich, es gibt in Deutschland Richter, die bewußt das Recht beugen zur Erreichung politischer Ziele. (Unruhe rechts. Beifall auf der äußersten Linken.)

In einer großen Reihe von Einzelfällen sucht Redner die Parteilichkeit der Justiz nachzuweisen. Erpressung von Geständnissen, widerrechtliche Festhaltung ohne Verhör sind an der Tagesordnung, wenn es sich um Kommunisten handelt. Die gestrige Schilderung des Ministers über die Schwierigkeiten einer Aburteilung der Kriegsverbrecher trifft nicht zu, denn es gibt auch Fälle wo die Angeklagten so zu sagen geständig sind. Wenn es sich um Offiziere handelt, beunt die Justiz ohne Bedenken das Recht, aber die Arbeiter kommen auerst heran, ihre Sache ist ohne weiteres Spruchreif. Gegen Ludendorff liegt soviel Material vor, daß es der letzten Verösffentlichung zu seiner Ueberführung nicht bedarf.

Abg. Bock (U. S.): Der Marburger Fall hat dem Faß den Boden ausgeschlagen, in ganz Thüringen gibt es keinen Menschen, der den Freispruch begreift. Von den 15 Arbeitern haben vielleicht zwei ein kleines Vergehen begangen, alle anderen waren aber unschuldig, es liegt ein glatter Mord vor.

Abg. Kahl ruft dazwischen: Alles ist längst widerlegt.

Abg. Bock fortfahrend: Wir verlangen eine Reform der Schwurgerichte. Ein Marburger Professor hat die Niederträchtigkeit besessen, die Studenten wegen ihrer Mordtat noch zu rühmen. (Vizepräsident Dr. Bell rügt diesen Angriff auf einen Professor.) Dieser Mann trat für die Mordbestien ein. (Stürmische Entrüstungskundgebung der Rechten.) Die Professoren sind ja gekennzeichnet durch den bekannten Ausspruch des früheren hannoverschen Königs: Professoren und Huren sind immer für Geld zu haben. (Minutenlange anhaltende stürmische Entrüstungskundgebung der Rechten, laute wiederholte Pfuirufe.)

Vizepräsident Dr. Bell rügt den Redner, ersucht aber das Haus die lärmenden Zwischenrufe einzustellen.

Reichsjustizminister Dr. Heinze lehnt es ab, auf Einzelheiten einzugehen. Die Justiz werde sich

im Sinne striktester Gerechtigkeit

nach allen Seiten hin erbitten. Allen Anzeigen in Sachen der Kriegsverbrecher gehe das Reichsgericht in seinem strengen Pflichtgefühl nach. Als der Minister den Fall der Ermordung des Leutnants Schröder schildert, kommt es zu stürmischen Szenen.

Abg. Rosenfeld (U. S.) zieht aus einer Darlegung des Ministers den Schluß, daß keine Hoffnung auf Besserung der Justiz bestehe. (Erneuter stürmischer Protest der Rechten, die Deutschnationalen verlassen den Saal.) Die Justiz sei ein Produkt des Kapitalismus und werde nie etwas für den Arbeiter übrig haben. (Großer Lärm. Vizepräsident Dr. Bell bittet um Ruhe.) Die nächsten Ausführungen des Redners werden zunächst überschrieen und bleiben im Zusammenhange unverständlich. Alles schreit durcheinander.

Präsident Loebe greift ein und appelliert im Interesse des Ansehens des Hauses an beide Seiten des Hauses sich zu mäßigen.

Abg. Rosenfeld fährt fort, von einer objektiven Rechtsprechung könne keine Rede sein. Es kann hier nur von subjektiver Rechtsprechung gesprochen werden.

Inzwischen geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein. Rechte, Zentrum und Demokraten stimmen dem Antrage

---

Die Erbin von Lohberg

56] Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.

(Nachdruck verboten.)

„Gewiß, die Herrschaften waren ja den ganzen letzten Winter und Frühling bei uns," versicherte der Besitzer oder Direktor, der nach italienischer Sitte sofort selbst erschien, den neuen Gast zu empfangen. „Der Herr wünscht nur kurze Zeit zu bleiben? Für zwei bis drei Tage hätte ich ein schönes Zimmer im primo Piano nach dem Lungarno frei; es ist das, welches die Contessina hier bewohnt hat. Wenn Ihnen damit gedient wäre — —"

Windmüller versicherte, sehr einverstanden mit dieser Unterkunft zu sein und wurde alsbald in das bezeichnete Zimmer geführt, das groß und elegant eingerichtet war und eine wunderbare Aussicht über den breiten Strom auf San Miniato hatte und auf die festungsartige, älteste Kirche von Florenz, San Nicolo, mit ihrem trotzigen Turm, in welchem Michelangelo sich verborgen hielt, nachdem die Stadt der kaiserlichen Partei verraten worden war, bis Papst Clemens VII. ihn für die Erbauung der Befestigungen begnadigt hatte. Rechts der Kirche liegt der enorm große und schöne, von Baccio d'Agnolo für die Nasi erbaute Palazzo Torrigiani, der in der Florentiner Geschichte dadurch eine Bedeutung erlangt hat, daß hier auf einem Maskenball im Jahre 1534 die historische Begebenheit zwischen den Medici und den Strozzi begann. Die kleine, aber hervorragende Gemäldegalerie des Palastes mit Werken von Botticelli, Rafael, Ghirlandajo, Lukas Cranach, Luca Signorelli, Pinturicchio und anderen großen Meistern ist dem flüchtigen Touristen kaum bekannt, für den Kenner von Florenz aber ein Schatzkästlein, zu dem er immer wieder gern pilgert, um es in Ruhe zu bewundern und auch auf besondere Erlaubnis in dem herrlichen Garten zu wandeln, der sich am Arno entlang bis zum Ponte alle Grazie ausdehnt.

Windmüller sich vollauf entschädigt für die Hitze und den Staub der Reise durch diesen Blick auf die von der wunderbaren alten Kirche und dem gezinnten, bischöflichen Palast gekrönte Höhe von San Miniato mit ihrer herrlichen Aussicht auf die Blumenstadt und auf die

„Monti superbi, la cui fronte Alpina
Fa di se contro i venti argine e sponda!
Valli beate, per cui d'onda in onda
L'Arno con passo signoril cammina," (Dante.)

(Prächtige Berge, deren steil Gefälle
Sich wie ein Schutzwall gegen Stürme breitet!
Gesegnet Tal, das langsam, Well' für Welle
Der Arno mit vornehmer Ruh' durchschreitet.)

(Uebers. der Verf.)

Das Eintreten des Zimmermädchens im blauen Waschkleid mit weißer Schürze und Häubchen brachte Windmüller sofort zurück in das Zimmer; denn da er mit seinem oft bewährten Glück gerade diesen Raum, den Gräfin Leonore bewohnt, erhalten hatte, so ersparte ihm das vermutlich die Mühe, die zuständige Bedienung erst zu erfragen und finden zu müssen. Und in der Tat war diese freundliche und gefällige Luigia dieselbe, die noch den Dienst auf dieser Etage verlah, wie er sofort durch eine direkte Frage erfuhr.

„Ja, die Signorina Contessina war lange bei uns", schwatzte sie sofort los, während sie das Bett zurecht machte. „Eine so schöne und elegante Dame, die Contessina! Wo sie sich zeigte drehten sich die Leute, besonders die Herren, zweimal nach ihr um. Also, der Signor kennt sie, und sie hat ihn zu uns empfohlen? Diamine! Nun, hoffentlich ist sie in ihrer Heimat jetzt glücklicher, wie hier."

„Oh, war sie hier nicht glücklich?" fragte Windmüller teilnehmend.

„Es schien mir so", versicherte Luigia, mit unnützem Eifer auf den Kissen herumpatschend und -zupfend, augenscheinlich sehr zufrieden, einen Hörer gefunden zu haben. „Die Contessina war immer so ernst, — die anderen meinten, sie sei stolz, aber ich weiß, daß sie nicht glücklich war; habe ich doch mehr als einmal gesehen, daß sie geweint hatte, wenn ich abends noch kam, ihr das warme Wasser zu bringen. Manchmal dachte ich mir, sie hätte vielleicht eine unglückliche Liebe, aber ich glaube eher, es war ein anderer Grund: die Signora, ihre Mutter, war oft nicht eben freundlich zu ihr. Immer hatte sie an ihr etwas auszusetzen, — nun ja, was sie sagte, konnte ich nicht verstehen, weil sie deutsch sprachen, aber man hörte es doch am Ton und sah die Augen, — die Augen, mit denen die Signora ihre Tochter ansah. Madonna! Wenn meine Mutter mich jemals so angesehen hätte! Man hätte denken sollen, sie sei die matrigna (Stiefmutter) zu der Contessina!"

„So, so!" machte Windmüller, sehr interessiert. „Nun ja, dann muß die Contessina sich freilich recht unglücklich gefühlt haben. Aber der Patrigno (Stiefvater) war doch gut zu ihr?"

„Così, così", erwiderte Luigia achselzuckend. „Ueberhaupt, der mit seinen sonderbaren Augen! Signor, der Patrigno hatte den malocchio, „den bösen Blick", das können Sie mir glauben! Freilich, — vor den Leuten war er so immer sehr höflich und aufmerksam zu der Contessina, aber hier im Zimmer habe ich ihn doch oft auch recht scharf zu ihr reden hören, und sie hat ihm ebenso geantwortet. Die zwei haben sich gegenseitig nicht leiden gemocht, oder ich will nicht Luigia Gamba heißen. Dio mio, das kommt oft vor zwischen Stiefeltern und Stiefkindern und kann einen weiter nicht wundernehmen, besonders wenn zur Zeit, da die Mutter sich einen zweiten Mann annimmt, die Tochter schon erwachsen ist. Ich an der Contessina ihrer Stelle hätte dem Signor Gilbach auch die Augen, — diese Augen ausgekratzt, wenn er gekommen wäre, mir die Liebe meiner Mutter zu stehlen."

„Wissen Sie, Luigia, wenns soweit kommt, liegt die Schuld meist auf beiden Seiten", meinte Windmüller sanftmütlich.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101271-19/fragment/page=0002

zu, der dann unter lauten Zwischenrufen der Linken angenommen wird.

Auf Antrag des Abg. Hoffmann erhält Abg. Koenen (Komm.) das Schlußwort, während die bürgerlichen Parteien fluchtartig den Saal verlassen. Redner greift den Minister auf das Heftigste an, weil er Mordtaten offiziell gedeckt habe und damit den Beweis für seine Einsinnigkeit erbracht. Nach einem Wortwechsel zwischen dem Abg. Hessing und den Unabhängigen und Kommunisten, in dessen Verlauf Abg. Hoffmann Hessing der Trunkenheit beschuldigt, schließt Abg. Koenen: Herr Heinze hat sich heute als Chef der Klassenjustiz gezeigt. Wegen dieser Worte erhält Abg. Koenen einen Ordnungsruf.

In der Abstimmung wird der Etat angenommen, desgleichen der Antrag Modbruh und der Frauenantrag mit den Stimmen der Linken gegen die noch nicht wieder vollzählig versammelten bürgerlichen Parteien.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr nachmittags.

Schluß 7¼ Uhr.

Protest der internationalen Bergarbeiterkonferenz

w. London, 26. Januar.

Die internationale Bergarbeiterkonferenz besprach gestern den Bericht der deutschen Delegation über die Lage des Kohlenbergbaues in Deutschland. Der Sekretär der britischen Grubenarbeitergewerkschaften verlas folgende von der Konferenz angenommene Resolution: Die Konferenz nimmt Kenntnis von den deutschen Erklärungen, aus denen hervorgeht, daß die Kohlenvorräte im Ruhrgebiet sich auf 900 000 Tonnen und in Oberschlesien auf 800 000 Tonnen belaufen und daß diese Vorräte den Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn die für die Verteilung notwendigen Transportmittel vorhanden wären. Der Ausschuß nimmt ferner Kenntnis, daß auch in anderen Ländern infolge der allgemeinen Zirkulationskrise, die in der ganzen Welt wütet, große Kohlenvorräte angehäuft werden und unterstreicht die Tatsache, daß die deutschen Bergarbeiter gezwungen sind, über den normalen Arbeitstag zu arbeiten. Der Ausschuß ist der Meinung, daß derartige anormale Zustände nicht länger bestehen dürfen. Das Verkehrswesen müsse verbessert, die Wechselkurse stabilisiert werden. Der Ausschuß protestiert gegen die bestehenden Zustände und verlangt von der Regierung das Einschlagen einer internationalen Politik, die künftighin das Verhältnis zwischen Vorräten und Nachfrage besser im Gleichgewicht hält unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Verhältnisse. Den Bergarbeitern aller Länder wird eingeschärft, gegen das Ueberstundensystem energische Stellung zu nehmen, in dem Bestreben, die Uebelstände, unter denen heute alle zivilisierten Länder leiden, zu beheben. Der Ausschuß erteilte dem Internationalen Arbeitsamt den dringenden Auftrag, unverzüglich einen Internationalen Rat ins Leben zu rufen, der die Organisation der Verteilung der für den wirtschaftlichen Aufbau der Welt notwendigen Rohstoffe ins Werk setzt. Die Konferenz beschloß schließlich, den Wortlaut der vorliegenden Resolution dem gegenwärtig in Paris weilenden Regierungschef zu übermitteln.

Demokraten gegen den Parlamentarismus

Der Hampelmann über die „Narren".

Die Demokraten scheinen das Bedürfnis zu fühlen, gegenüber dem sie erwartenden Strafgericht der Preußenwahl das Präveniere zu spielen. Der Vorsitzende der „Gesamten" Partei, Herr Dr. Petersen, hat in einer Rede in Magdeburg folgende Ankündigung vom Stapel gelassen:

Sollte bei den Preußenwahlen von den gegnerischen Parteien der Wahlkampf wieder wie bei der letzten Reichstagswahl geführt werden, so lehnt es die Deutsche demokratische Partei ab, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Die Demokraten werden dann vorziehen, sich von der Zuschauerloge aus die Dinge anzusehen und es den Narren von rechts und links überlassen, aus ihren Reihen die Regierung zu bilden.

Das ist ja nun eine fürchterliche Drohung und klingt sehr männlich für eine Partei, die bisher nur die Rolle des politischen Hampelmannes gespielt hat, an dessen Strippe je nach Lust und Laune bald das Zentrum, bald die Sozialdemokraten zogen. Im übrigen ist es der Schmerzensschrei eines mit seiner eigenen Geißel Gezüchtigten. Denn die Demokratische Partei ist schon immer, ob sie so oder anders hieß, diejenige Gruppe gewesen, die Wahlkämpfe in besonders unschönen Formen auszufechten beliebte, und die in früheren Zeiten, als sie in ihrer Sünden-Maienblüte Opposition um jeden Preis betrieb, sich ein billiges Vergnügen aus meist sehr wenig fundierter Kritik machte. Jetzt, da sie selber die Wirkung sachlicher Kritik verspüren muß, gerät sie aus dem Häuschen und bildet sich ein, mit albernen Drohungen die Abrechnung aufhalten zu können. Wobei es ihr offenbar gar nicht zum Bewußtsein kommt, welch schöne Illustration des parlamentarischen Systems sie mit der Ankündigung ihres „Gesamtvorsitzenden" bietet. Man wird sich die hohe vaterländische Auffassung, die aus Herrn Petersens Ankündigung spricht, zu merken haben. Sie ist wertvoll für die Einschätzung seiner Partei, die die Bannerträgerin der Gedanken der Demokratie und der Volkssouveränität sein will.

Demokratischer Bauernfang

Zu dem unter dieser Ueberschrift gestern früh erschienenen Artikel sendet uns der demokratische Parteisekretär Walther ein Pamphlet, das er irrtümlich eine Berichtigung im Sinne des § 11 des Pressegesetzes nennt. Wir haben dasselbe zwar nicht unserer Druckerei, sondern unserem Rechtsanwalt übergeben zum Zwecke gerichtlichen Vorgehens gegen diesen Herrn Walther wegen grober Beleidigung.

Die Mark steigt noch

c. Basel, 26. Januar 1921.

An der Schweizer Börse stiegen gestern die fremden Devisen in der erwarteten Weise weiter an. Die Mark erreichte im freien Verkehr bis 12 Centimes und wurde stürmisch verlangt. Auch der französische Franken ist im freien Verkehr bis auf 48 angestiegen. Dieses Ansteigen wird im Zusammenhang mit der Pariser Konferenz gebracht, deren Ergebnis von den Schweizer Finanzkreisen als günstig für die Politik der Zukunft angenommen wird.

Kapitän König, Kordmanns Erben, Bureau meldet, die durch die Presse verbreitete Nachricht, wonach der bekannte frühere Führer des ersten Handels-U-Bootes „Deutschland", Kapitän König, mit dem Hochseeschlepper „Senator Michaelis" verschollen sei, bestätigt sich nicht. Kapitän König ist Leiter der Nautischen Abteilung des Nordamerikanischen Lloyd. Er befindet sich zurzeit auf Island und erfreut sich bester Wohlseins.

Halle und Umgebung

Halle, 27. Januar.

Ein Ordnungsblock für die Provinzial-Landtagswahl

Die deutschnationale Volkspartei, der Landbund Sachsen-Anhalt und die deutsche Volkspartei haben beschlossen, für die Wahlen zum Provinziallandtag im Regierungsbezirk Merseburg eine gemeinsame Liste aufzustellen. Eine längere Aussprache entspann sich darüber, ob man bei den Wahlen der Kreisliste oder Bezirksliste den Vorzug geben solle. Man einigte sich schließlich auf die Bezirksliste, obwohl diese in der Praxis einige Schwierigkeiten bietet, § B. insofern, als die deutschnationalen und volksparteilichen Wähler im Gegensatz zu anderen Parteien sich bei den Provinziallandtags-, Landtags- und Kreistagswahlen nicht eines Stimmzettels mit demselben Kennwort bedienen können. Die Stimmzettel werden nämlich, nachdem der gemeinsame Wahlvorschlag vom Kreise eingereicht worden ist, mit dem Namen der jeweilig von dem betreffenden Kreise aufgestellten Kandidaten beginnen.

Anmeldung der Schulneulinge

Die Anmeldung der zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Schulneulinge erfolgt für die städtischen Schulen am Montag, den 31. Januar, nachmittags von 2 bis 5 Uhr. Schulpflichtig ist jedes Kind, das bis zum 30. Juni 1921 sein sechstes Lebensjahr vollendet. Anträge auf Zurückstellung schulpflichtiger Kinder wegen Krankheit sind bei der städtischen Schuldeputation einzureichen. Kinder, die in den Vorjahren zurückgestellt worden sind, müssen erneut angemeldet werden. Ausnahmen können Kinder, die im Jahre 1921 erst nach dem 30. Juni sechs Jahre alt werden, nicht in diesem, sondern erst im nächsten Jahre in die Schule aufgenommen werden. Die Aufnahme geschieht nur noch in die gemeinsame Grundschule, nicht mehr in die unteren Klassen der Mittelschule. Vorschule und des Lyzeums.

Bei der Anmeldung ist der Impfschein und der Taufschein, bei ungetauften Kindern der Geburtsschein, vorzulegen. Wenn Kinder an einem Sprachfehler leiden, so ist bei der Anmeldung darauf hinzuweisen, damit solche Kinder nötigenfalls einer besonderen Sprachheilklasse zugeteilt werden können.

Zum Vortrag des Generals von Freytag-Loringhoven

Heute abend — am 27. Januar! — treffen sich alle Deutschnationalen im Thaliasaal.

Kommunistische Verdrehungen

Man schreibt uns:

Das Organ der Kommunistischen Partei ist in letzter Zeit bemüht, die Hallesche Studentenschaft in durchaus gehässiger Weise anzugreifen. Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß die Studentenschaft nicht gewillt ist, dem „Klassenkampf" auf dem von ihm eingeschlagenen Wege zu folgen, wir möchten jedoch ausnahmsweise zur Richtigstellung und zur Vermeidung von Mißverständnissen in den Kreisen der Bevölkerung, die sich noch einen gewissen Grad von objektiver Beurteilungsfähigkeit bewahrt haben, folgendes feststellen:

Der „Klassenkampf" brachte in seiner Ausgabe vom 15. d. M. über eine Sitzung des Allgemeinen Studentenausschusses einen durchaus tendenziös gefärbten Artikel, der außer anderen Unwahrheiten auch die Behauptung enthielt, es sei zum Eintritt in die Orgesch aufgefordert worden. Vom Pressearm ist darauf unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung an die genannte Zeitung eingesandt worden. Statt die von uns verlangte Berichtigung zu bringen, versuchte der „Klassenkampf" in seinem Artikel vom 22. Januar 21 die Angelegenheit dadurch ins Lächerliche zu ziehen, daß er die wiederum unwahre Behauptung aufstellte, das Pressearm hätte sich auf § 12 des Pressegesetzes berufen. Tatsächlich ist auf § 11 des genannten Gesetzes Bezug genommen, was aus dem in unserer Hand befindlichen Durchschlag ersichtlich ist.

Strafkammer

Fahrlässige Tötung.

Am 14. Juli 1920 wurde dem landwirtschaftlichen Volontär A. B., der bei einem Gutsbesitzer in Laue in Stellung war, gemeldet, daß sich auf dem Acker des Gutsbesitzers Kartoffelbiete breit machten. Der Volontär war sofort mit dem Rade hingefahren, wobei einige Kugeln auf ihn geschossen wurden. Am folgenden Tage wurden wieder Kartoffelbiete angefaßt. Er ging wieder hin und wollte nur einen Schreckschuß abgeben, ohne zu zielen, der aber so unglücklich ging, daß ein Mensch getötet wurde. Das Gericht, vor dem er sich zu verantworten hatte, verurteilte ihn zu einem Monat Gefängnis mit Strafaussetzung bis 1924.

Silberwarendiebstahl.

Der frühere Postaushelfer Willi Dietrich war im Februar 1920 arbeitslos. Er hatte daher viel Zeit, die er z. T. bei einem Dienstmädchen des Majors H., mit der er ein Verhältnis hatte, zubrachte und dem Mädchen bei der Arbeit in der Küche half, hier aber auch allein arbeitete wenn das Mädchen anderweitig beschäftigt war. Er hatte dadurch Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse kennen zu lernen und benutzte sie, indem er drei große silberne Gabeln, mit F. R. A. (-Feldartillerie-Regiment) gezeichnet, eine kleine silberne mit dem Eisernen Kreuz gezeichnet einen Eßlöffel und einen Kaffeelöffel stahl. Mit dem gestohlenen Silberzeug ging er in das Altwarengeschäft von Simon Kragen, genannt Werner, Kl. Brauhausstraße, um es zu verkaufen, jedoch nicht alles auf einmal, sondern zu vier verschiedenen Malen. Die Tochter Hedwig nahm ihm alles ab davon zwei Mal in Gemeinschaft ihres Vaters, und zahlte insgesamt 98 Mark, ein Betrag, der etwa dem Silberwerte entspricht, während der Gebrauchswert der noch sehr guten Sachen mehr als 800 Mark betragen haben soll. Das Dienstmädchen des Majors hat erst die Herrschaft selbst auf das Fehlen der Silbersachen aufmerksam gemacht, bei den Nachforschungen fiel der Verdacht zunächst auf einen anderen, dann aber auf Dietrich, der sich nun wegen Diebstahls zu verantworten hatte, zugleich mit ihm aber die beiden Kragen-Werner wegen Hehlerei. Gegen die letzteren fiel ins Gewicht, daß sie die Sachen nicht als Einkauf im Trödelbuch eingetragen hatten, wie es ihre Pflicht gewesen wäre; ihren Angaben, daß sie sich nicht bewußt der Hehlerei schuldig gemacht hätten, wurde deshalb auch nicht geglaubt, obwohl sie wie auch der Dieb, noch unbestraft sind. Das Gericht verurteilte Dietrich und Kragen-Werner Vater zu je 6 Monaten, die Tochter zu 3 Monaten Gefängnis.

— Liederabend von Dora Bondi. Der Liederabend von Dora Bondi vorgestern im Saale der „Rose zu den fünf Türmen" angeiagt hatte leute das Schicksal so vieler ähnlicher Veranstaltungen. Der Raum war ziemlich leer und man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß die meisten Anwesenden nur auf Einladung hin gekommen waren. Schon zu den glücklichen Zeiten unseres Vaterlandes konnte man beobachten, daß sich eigentlich niemand um die Konzerte unbekannter Künstler kümmerte. Jetzt ist es natürlich erst recht so. — Dora Bondi aus Berlin hat offenbar die ernstbaften künstlerischen Absichten. Ihr Programm wies darauf hin. Es enthielt nur Werke von Robert Schumann, Hugo Wolf und Richard Strauß und war mit bestem Geschmack zusammengestellt. So manches schöne Lied war aufgenommen, das man im Konzertsaal zu hören nur selten Gelegenheit hat. Auch über die Stimme Dora Bondis läßt sich im Großen und Ganzen viel Günstiges berichten. Freilich für abgeschlossen dürfen die Künstlerin ihre Ausbildung nicht halten. Die gleichmäßig lebhafte Färbung der Vokale mutete abgestreift und nach unbedingter Deutlichkeit der Textaussprache gestrebt werden. Am wenigsten gut scheint die hohe Lage der Stimme zu sein. Hier war noch mancher scharfe Ton zu verzeichnen. Daß sich gelegentlich Ansätze zu dramatischer Kraft zeigten, sei lobend erwähnt. Sonst fehlte dem Ausdruck oft das notwendige innere Leben. Bei den Liedern von Schumann tritt der Vortrag der Künstlerin wohl noch unter einer gewissen Befangenheit. Aber auch weiterhin gelangen meist nur Einzelheiten. Ein das Ganze umfassendes Gestaltungsvermögen muß erst noch erworben werden. Besonders herausgehoben seien „Meinem Kinde" von Strauß und „Geh' Geliebter" von Wolf. Die Begleitung von Wilhelm Scholz zeichnete sich durch schönen, weichen Anschlag und musikalische Gediegenheit aus. Vielleicht hätte sie die Sängerin mehr mitreißen müssen. A. B.

— Hallischer Lehrer-Verein. Am 25. Januar trafen die Hauptversammlung. Zunächst hielt Herr Thomas eine Gedächtnisrede auf das am 27. Dezember 1920 verstorbene Ehrenmitglied des Vereins, Herrn Rektor Dr. phil. W. Wohlrabe. In warmen Worten schilderte er den Lebenslauf des bekannten Schulmannes und würdigte seine Bedeutung für das Schulleben Halles. — Dann gab der Vorsitzende des Vereins, Herr Rektor Saupe, den Jahresbericht. Ein schweres, verworrenes Jahr liegt hinter uns, reich an Kämpfen. Es brachte das Grundschul- und das Besoldungsgesetz; aber eine endgültige Lösung der schwebenden Schulfragen brachte es nicht. Umso nötiger ist die Betätigung aller Mitglieder am Vereinsleben. Der Verein zählt 445 Mitglieder. Reiche Arbeit wurde geleistet in 16 Mitgliederversammlungen, in 9 Vertrauensmännerversammlungen und 25 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses. Der Vortragende schloß mit einem herzlichen „Glück auf für 1921". — Dann erfolgten die Berichte der einzelnen Ausschüsse, die Rechnungslegung und die Entlastung des Rechnungsführers, Herrn Westram, dem die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft überreicht wurde. Der neue Haushaltsplan wurde genehmigt; der Jahresbeitrag soll 60 Mark betragen. Nun fanden die Wahlen für die Ausschüsse statt. Zuletzt berichtete Herr Kunze über das 75jährige Jubiläum des Leipziger Lehrer-Vereins; Herr Redslob sprach über eine Sitzung der Zweigvereine in Magdeburg und über das Besoldungsgesetz.

Familien-Nachrichten.

Geburten: Hans Schliak (Sohn). — Paul Bartsch (Sohn).

Verlobung: Röschen Jorns mit Max Gebler.

Todesfälle: Am 24. Januar Kassenbote Karl Lüttge. — Am 25. Januar Auguste Moritz, geb. Puppe, im 69. Lebensjahr. — Am 24. Januar Ofensetzer Emil Eichstädt im 60. Lebensjahr.

Provinz Sachsen

m. Bernburg, 26. Jan. (Antisemiten und Sozialdemokraten.) Das Bernburger Schöffengericht hatte sich am Montag unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Witzicke mit einer Privatklagesache zu beschäftigen, in der der Hohnechniker Reich und der Redakteur der „Volkswacht", Budnarowski, sich gegenüberstanden. Dem ersteren stand Rechtsanwalt Schüßler zur Seite, während letzterer vom Justizrat Dr. Cohn-Dessau verteidigt wurde. In einer gegen Ende des vorigen Jahres abgehaltenen Versammlung des Deutschvölkischen Schutzbundes war von dem Redner, Hoffmann-Kutscke, gegen die Sozialdemokraten der Vorwurf erhoben worden, daß zwischen ihnen und den Juden finanzielle Beziehungen beständen. Darauf hatte die „Volkswacht" geantwortet, und die weitere Folge war ein von dem Zahnteckniker Reich gezeichnetes Flugblatt, in dem die in der Versammlung erhobenen Vorwürfe erweitert wurden. Als Antwort darauf erschien ein weiterer Artikel der „Volkswacht", in dem Reich als „Zahnarzkiet" bezeichnet wurde in dem weiter von Heuchlern, Hanswürsten gesprochen und die Antisemiten eine moralisch verlumpte Volksschicht genannt wurden. Reich hatte daraufhin Privatklage gegen den verantwortlichen Redakteur Budnarowski, dieser Widerklage gegen Reich erhoben. Während R.-A. Schüßler die Ansicht vertrat, daß Reich in seinem Flugblatt niemand persönlich angegriffen, Budnarowski aber den Gegner persönlich beleidigt habe, führte Justizrat Dr. Cohn aus, daß R. die Sozialdemokrate und die „Volkswacht" beleidigt habe, weshalb B. das Recht habe, zu antworten. Er habe das in dem kräftigen Tone getan den die „Volkswacht", die ja nicht vornehmlich in Salons und von zartbesaiteten Damen gelesen werde, anzuschlagen pflege. Wenn er (Dr. Cohn), der in seiner Anwaltspraxis hunderte von Beleidigungssachen geführt habe, in einem solchen Falle zu handeln hätte, würde er natürlich einen anderen Ton anschlagen; aber B. sei ja noch ein Anfänger. B. müsse freigesprochen, der Gegner aber bestraft werden. Das Gericht erkannte gegen Budnarowski wegen Vergehens gegen §§ 185 und 200 auf eine Geldstrafe von 100 Mark und Publikation des Urteilstenors in der „Volkswacht". Der Widerbeklagte Reich wurde freigesprochen. Das Gericht hat lediglich bei dem Ausdruck „Zahnarzkiet" die Absicht der Beleidigung angenommen. Bezüglich der anderen Ausdrücke könne nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden, ob Reich persönlich mit ihnen getroffen werden sollte. Das Flugblatt Reichs habe keine persönliche Beleidigung enthalten. Es sei ein Flugblatt, wie es im politischen Kampfe üblich sei.

— Erfurt, 26. Januar. (Zugzusammenstoß.) Auf dem hiesigen Güterbahnhofe fuhr der Personenzug 615 einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Abteils eines Personenwagens eingedrückt. Es sind 2 Personen tot, 6 schwer und gegen 30 leicht verletzt. Eine amtliche Mitteilung liegt noch nicht vor.

— Magdeburg, 26. Jan. (Rätselhafte Schießerei.) Als am Dienstag morgen zwei um 6 Uhr die Buchhändler Gustav B. und Otto C. durch die Bergstraße gingen, wurden sie aus einem Hause mit Gewehren beschossen. B. erhielt einen Schrotschuß ins Gesicht und C. nur leichtere Schußverletzungen. Ob ein Dummerjungenstreich oder ein Verbrechen obwaltet, wird hoffentlich die Untersuchung ergeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101271-19/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. Halle (Saale).

Die Kapitalserhöhung abermals abgelehnt.

Welche Folgen die Ueberfremdungsgefahr für eine Gesellschaft haben kann, das zeigte die außerordentliche Generalversammlung der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft, die gestern in „Stadt Hamburg" unter dem Vorsitz von Geheimrat Beuchler abgehalten wurde. Und doch kann man im eigentlichen Sinne des Wortes von einer Ueberfremdungsgefahr nicht sprechen, wo zwei Brüder die Aktienmacht gegeneinander ausspielen, wie das bei dieser Gesellschaft seit Jahren der Fall ist. Es ist ja bekannt, in welcher Beziehung die Werschen-Weißenfelser A.-G., die nunmehr bald 65 Jahre besteht, sich zu den Gebrüdern Petschek (Aussig), den böhmischen Kohlenkönigen, befindet. Und es ist auch weiter bekannt, wie seit langem der Kampf zwischen diesen beiden Brüdern tobt, der vor allem in Versammlungen zum Ausdruck kommt, bei denen nach der Satzung Dreiviertel-Stimmenmehrheit zum Beschluß notwendig sind.

Auch bei der gestrigen Generalversammlung war diese Stimmenmehrheit notwendig, denn die Gesellschaft wollte ihr Grundkapital von 14 auf 28 Millionen Mark durch Ausgabe von 11 666 Aktien erhöhen. Da von den 127 337 Stimmen insgesamt 43 853 Stimmen in der Hand von Ignaz Petschek waren, der durch seinen Anwalt Dr. Ifan-Berlin gegen die Anträge der Verwaltung stimmen ließ, so kann die beabsichtigte Kapitalserhöhung nicht durchgeführt werden.

Nach Eintritt in die Versammlung gab Generaldirektor Dr. Scheithauer-Halle einen ausführlichen Bericht über den Stand der Gesellschaft. Er führte folgendes aus:

„In der ordentlichen Generalversammlung vom 5. Juli 1920, in der wir erstmalig die Erhöhung unseres Aktienkapitals, und zwar damals um 7 Millionen Mark, in Vorschlag brachten, hat die Verwaltung eingehend die Gründe dargelegt, die sie zu diesem Antrage veranlaßten. Die wirtschaftlichen Gründe haben heute, wo wir Sie um den Beschluß bitten, unser Aktienkapital von 14 auf 28 Millionen Mark zu erhöhen, durch die weitere Entwicklung noch eine wesentliche Verstärkung erfahren.

Bevor wir dieser ins einzelne eingehen, möchten wir bemerken, daß die Kohlenförderung unserer Gesellschaft sich in den Jahren 1918/19 bzw. 1919/20 folgendermaßen gestaltet hat:

Gesamte Kohlenförderung.

	1918/19 t	1918/19 hl	1919/20 t	1919/20 hl
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	1 745 016,59	24 430 232	1 910 694,70	26 749 726
Gewerkschaft Christoph-Friedrich	863 117,86	12 082 650	745 638,96	10 438 735
zusammen:	2 608 134,45	36 513 882	2 656 318,66	37 188 461

Hiervon:

I. Absatz von Rohkohle.

	1918/19	1919/20
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	290 992,42 t	369 220,63 t
Gewerkschaft Christoph-Friedrich	142 6 9,91 t	116 0 8,59 t
zusammen:	433 622,33 t	485 259,22 t

II. Brikettproduktion.

	1918/19	1919/20
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	378 771,85 t	410 206,50 t
Gewerkschaft Christoph-Friedrich	268 208,70 t	262 24,62 t
zusammen:	646 980,05 t	672 831,12 t

Absatz von Briketts.

	1918/19	1919/20 t
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	363 534,— t	382 484,90 t
Gewerkschaft Christoph-Friedrich	261 46,51 t	249 559,55 t
zusammen:	625 041,51 t	632 044,45 t

III. Nahrpreßsteinproduktion.

	1918/19	1919/20
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	35 367,975 t	28 237,62 t

Absatz von Nahrpreßsteinen.

	1918/19	1919/20
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	34 743,79 t	27 361,16 t

IV. Grudekoksproduktion.

	1918/19	1919/20
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	78 567,63 t	76 204,225 t

Absatz von Grudekoks.

	1918/19	1919/20
Bergwerke der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G.	78 260,60 t	76 987,815 t

Sie ersehen aus diesen Zahlen die Größe unseres Unternehmens. Sie können weiter schon aus diesem Umfange unserer Betriebe schließen, in welchem Maße unsere Mittel durch die Steigerung der Löhne, die hohen Preise der Materialien und den großen Aufwand, den auch alle sonstigen Bedürfnisse unseres Unternehmens erheischen, in Anspruch genommen werden.

Im laufenden Geschäftsjahr 1920/21, das erst am 31. März 1921 sein Ende erreicht, hat die Steigerung der Produktion ihre Fortsetzung erfahren. Die Kohlenförderung ist bisher gegenüber dem gleichen, neun Monate umfassenden Zeitraum des Vorjahres um 4½ Millionen Hektoliter und die Brikettproduktion um 70 000 To. gestiegen.

Gilt dies, was eben vorgebracht wurde, von unseren Kohlenprodukten, so sind die gleichen Erscheinungen bei unseren chemischen Betrieben hervorzutreten. Bekanntlich erzeugt die Gesellschaft aus dem Braunkohlenteer in ihren Mineralölfabriken Oele aller Art, Paraffin, Kerzen und Nebenprodukte, wie Asphalt usw., und die Instandhaltung solcher Fabrikationsbetriebe nimmt vollends hohe Mittel in Anspruch.

Unsere Löhne betragen auf Grund der seit dem 1. November 1920 gewährten neuen Lohnzulage über 86 Millionen Mark jährlich, was etwa das Dreißigfache von der im Jahre 1913/14 gezahlten Lohnsumme ausmacht, während wir im Juli 1920 nur mit einer Jahreslohnsumme von 48 Millionen Mark — also um 38 Millionen Mark weniger — zu rechnen brauchten.

Der Gesamtbetrag der Ausgaben auf einer Seite des Hauptbuches hat sich weiterhin wesentlich gesteigert und hat in den ersten neun Monaten des Betriebsjahres 1920/21 150 Millionen Mark betragen. Dabei sind die von uns gebrauchten Materialien gar nicht oder nur um ein Geringes seit dieser Zeit gesunken. Es liegt auf der Hand, daß bei einem solchen Gesamtbedarf allein für die laufenden Betriebsausgaben wir mir unseren Mitteln unmöglich ausreichen können.

Es muß hierbei auch des Umstandes gedacht werden, daß während der Kriegszeit die Instandhaltung der Werksanlagen auf das Notwendigste beschränkt werden mußte. Allein die Aufwendungen, um unsere Anlagen wieder auf die volle Höhe des Friedenszustandes zu bringen, werden noch durch Jahre hindurch fortlaufend erheebliche Ausgaben verursachen. Hierzu kommt aber noch folgendes:

Die Kohlenfelder bei Listzen, die, wie wir in der letzten Generalversammlung berichteten, von uns erworben wurden, müssen nunmehr zum Zwecke der Förderung aufgeschlossen werden. Das Bergwerk, das den Namen „Gustav Adolf bei Lützen" führt, hat sich wie auch die seither ausgeführten Bohrungen gezeigt haben, als ein solches mit sehr variierlichen Kohlenverhältnissen erwiesen. Bei einer stellenweisen Mächtigkeit der Lagerung von 40 Meter besitzt die Kohle auch einen so hohen Bitumengehalt, daß für sie im wesentlichen eine chemische Verarbeitung in Betracht zu ziehen ist.

Von den 928 Morgen Kohlenfeldern, die das eben erwähnte Objekt umfaßt, werden 668 Morgen im Tagebau und 260 Morgen im Tiefbau abgebaut werden. Der gewinnbare Kohleninhalt berechnet sich für die Tagebaufelder auf 504 Millionen Hektoliter und für die Tiefbaufelder auf 40 Millionen Hektoliter. Wenn man einen jährlichen Kohlenverbrauch von 6 Millionen Hektoliter annimmt, so würde die Anlage eine Lebensdauer von 80 Jahren umfassen. Neben den Kohlenfeldern ist Gelände angekauft worden für die Abraumkippe und in der Nähe des Bahnhofs Röcken für die später zu erbauenden Betriebsanlagen.

Die Kosten für den Erwerb der Kohlenfelder haben allein schon 4 Millionen Mark betragen und sind noch wesentlich gesteigert durch die Ausgaben für Bohrversuche und andere Vorarbeiten zum Aufschluß der Felder.

Der für den Ausbau des Bergwerks Gustav Adolf zum Zwecke der Förderung erforderliche Gesamtaufwand ist zurzeit auf mindestens 40 Millionen Mark zu veranschlagen. Es versteht sich von selbst, daß wir diese Summe nicht aus unseren sichtigen Mitteln zu decken imstande sind, wenngleich sich die Kaufkosten und die Bauaufwendungen auf mehrere Jahre verteilen.

Außer diesem Kohlenfelde ist es uns gelungen, noch ein weiteres Kohlenfeld, das ausschließlich Tiefbaufeld darstellt, zu erwerben. Es handelt sich um die Felder der Gemarkung Zitzschen, die in der Nähe des Bahnhofes Eythra, zwischen Leipzig und Zeitz, liegen. Hier haben wir 1820 Morgen Kohlenfelder erworben, deren Mächtigkeit durchschnittlich 10 Meter beträgt. Es sind 434 Millionen Hektoliter gewinnbare Kohle vorhanden. Die Kosten für den Erwerb betragen neben allen sonstigen Unkosten etwa 5 Millionen Mark. Auch dieser Kauf ist günstig, da er zur Ergänzung unseres Grubenfeldes Bung-Rebe bei Queißau herangezogen werden kann, und der Bahnhof Eythra nur wenige Stationen von dem Bahnhofe Profen, der Bahnstation unseres Bergwerkes Bunge-Rebe, entfernt liegt. Einen Teil des Grubenfeldes wollen wir versuchen, gegen ein der sächsischen Regierung gehöriges Grubenfeld umzutauschen und damit unseren Besitz auf Bergwerk Bunge-Rebe abzurunden.

Wir bedürfen auch noch weiterer Mittel zur Ausführung umfangreicher Versuche zur chemischen Verwertung der Braunkohle, und endlich haben wir infolge des mit der Kursächsischen Braunkohlen-Gas- und Kraft-Gesellschaft abgeschlossenen Vergleiches, wie gleichfalls in der letzten Generalversammlung ausgeführt wurde, das Recht, uns an dem Unternehmen, das sich die Gewinnung der Destillationsprodukte aus Rohkohle zur Aufgabe gesetzt hat, mit einem Kapital von 3 Millionen Mark zu beteiligen. Wir müssen hierzu auf alle Fälle gerüstet sein für den Fall, daß die rock im Gange befindlichen Versuche zu einem günstigen Ergebnisse führen.

Aus diesen Darlegungen werden Sie ersehen haben, daß wir unter allen Umständen in hohem Maße neuer Kapitalien bedürfen, die wir vorläufig auf 14 Millionen Mark veranschlagen. Wir müssen uns aber vorbehalten, wenn der Aufschluß des Bergwerkes Gustav Adolf fortschreitet und wir überhaupt mit der jetzt angesonderten Ziffer nicht auskeichen, wegen Beschaffung der weiter erforderlichen Mittel an Sie heranzutreten.

Der Aufschluß der Kohlenfelder, die Aufrechterhaltung unserer Betriebe, die Ausgestaltung unseres Unternehmens liegt selbstverständlich auch im öffentlichen Interesse. Sollte durch das Verhalten der in der letzten Generalversammlung wie auch diesmal vertretenen bekannten Minderheit ein satzungsgemäßer Beschluß auf Durchführung der beantragten Kapitalserhöhung nicht zu erreichen sein, so müssen wir eben mit Rücksicht auf das öffentliche Interesse andere Wege beschreiten, um den erwähnten Zwecken zu entsprechen, und wenn diese anderen Wege die Interessen unserer Gesellschaft nicht in dem vollen Maße wahren können wie der Ihnen in erster Linie vorgeschlagene Weg der Erhöhung unseres Aktienkapitals selbst, so würde die Verantwortung hierfür die Minderheit treffen."

Wie man das meistens bei den Petschek-Versammlungen gewöhnt ist, ergab sich auch hier im Anschluß an diese Ausführungen eine sehr lebhafte und ausgedehnte Aussprache, die der Vertreter der Minorität, Rechtsanwalt Ifan, eröffnete. Man kann sich dem Gewicht dieser Gründe nicht verschließen, und wenn die Minderheit nicht zustimmt, so geschieht das nicht, weil sie von der Notwendigkeit der Kapitalserhöhung nicht überzeugt ist, sondern sie lehnt ab, weil sie zu der Verwaltung dieser Gesellschaft nicht das erforderliche Vertrauen hat, um ihr die Mittel zu bewilligen. Von den Berichten aller anderen Gesellschaften sticht der Bericht der Werschen-Weißenfelser dadurch unvorteilhaft ab, daß in ihm so gut wie überhaupt keine Ziffern von der Lage der Gesellschaft und dem Gang des Geschäftes im verflossenen Jahre mitgeteilt werden. Die eben gemachten Mitteilungen, die der Herr Generaldirektor vorgetragen hat, und denen zu folgen mir nicht möglich war, sagen auch nichts über die Entwicklung der Gesellschaft während des Krieges, und sie sagen auch nichts über den Stand der Fabriken. Aber die Aktionäre haben ein Recht, die Ziffern, die sie interessieren, vor der Generalversammlung zu wissen, um in der Lage zu sein, Stellung dazu zu nehmen. Das ist bei der Werschen-Weißenfelser Gesellschaft nicht geschehen und aus diesem Grunde sind wir außerstande, dem Antrage der Verwaltung zuzustimmen.

Darauf entgegnete Rechtsanwalt Elb, daß es eigentlich Herrn Ignaz Petschek nicht ganz unbekannt sein dürfte, wie die Förderziffern usw. der Gesellschaft aussehen, weil er doch bis vor kurzer Zeit in Handelsbeziehungen zu ihr gestanden hat und daher bestimmt über die Ziffern unterrichtet ist. Wir wissen ja auch, daß diese sträflichen Gründe nur herhalten müssen, um den wahren Sachverhalt zu verschleiern. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Vertreter der Minorität gesagt hat, man könne sich den Gründen der Verwaltung nicht verschließen. Es mutet eigenartig an, wenn sie nun trotzdem dagegen stimmt. Das zeigt die Absicht, die Herr Ignaz Petschek verfolgt.

Dr. Homberger weist auch auf die engen Handelsbeziehungen hin, die Ignaz Petschek zu der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. gehabt habe, die aber aus seiner Hand genommen worden seien, weil das die Verwaltung für gut befand. Seine Kritik steht ganz im Gegensatz zu den Geplogenheiten bei den Gesellschaften, die von Herrn Ignaz Petschek ausgebeutet — „ich stehe für diesen Ausdruck ein" — werden. Unterzieht man sich der Mühe, diese Berichte einzusehen, so kann man feststellen, daß sie nur Redensarten enthalten. Auf Anfrage in Generalversammlungen wird meistens die Auskunft verweigert. Hier bemängelt also Ignaz Petschek das, was er bei seinen Gesellschaften für gut befindet.

Rechtsanwalt Dr. Ifan glaubt feststellen zu müssen, daß die Geschäftsberichte der Ignatz-Petschek-Gesellschaften ausführliche Angaben über die Fördermengen auch während des Krieges enthalten. Bei Werschen-Weißenfels vermißte man in der Hauptsache auch Zahlen über die Entwicklung der chemischen Fabriken.

Geheimrat Beuchler erinnert daran, daß dieser Punkt zu eigentlich garnicht zur Debatte steht und daß bei der ordentlichen Generalversammlung von der Minorität das Fehlen der Ziffern nicht beanstandet wurde. Sie müssen also damals doch wohl genügt haben.

Rechtsanwalt Elb kommt auf die Ausführungen des Dr. Ifan zurück und erklärt als Teilnehmer der Leonhardt-Versammlung, daß die Ziffern in der Bilanz dieser Ignaz-Petschek-Gesellschaft beanstandet wurden und daß die Verwaltung selber Aufrichtigkeit zugeben mußte.

Justizrat Kiepmann kennzeichnet die Politik Petschels und er brandmarkt das Verfahren der Minorität, die das Interesse der Aktionäre, denen ein wertvolles Bezugsrecht angeboten werden soll, schädigt. Das ist um so verwerflicher, als es aus rein persönlichen Gründen geschieht, um der Verwaltung etwas am Zeuge zu flicken.

Der Vorsitzende Geheimrat Beuchler faßt nach längerer hin- und hergehender Aussprache noch einmal zusammen, und bittet in das Protokoll aufnehmen zu wollen, daß bei der damaligen Generalversammlung die fehlenden Förderziffern und die Ziffern über die Entwicklung der Gesellschaft nicht beanstandet wurden, während das heute als Mangel hingestellt wird. Die Ziffern über die Entwicklung der Chemischen Fabrik wolle man ja gern bekanntgeben, aber es ist fraglich, ob sie die Ablehnung der Kapitalserhöhung jetzt noch bereiteln werden. In der damaligen Generalversammlung, der Herr Ignaz Petschek selber beiwohnte, wurde keine Aufklärung über weitere Ziffern verlangt, der Geschäftsbericht daneben genehmigt.

Nachdem noch ein Aktionär kennzeichnete, wie Ignaz Petschek in den von ihm beherrschten Gesellschaften das verfaßt, was heute von der Verwaltung der Werschen-Weißenfelser bereitwilligst gegeben wurde, schritt man zur namentlichen Abstimmung. Bei dieser ergab sich, daß die von Dr. Ifan vertretenen 48 853 Stimmen der Minorität Ignaz Petschek gegen die übrigen 78 961 Stimmen den Antrag der Verwaltung ablehnten.

Darauf berichtete Geheimrat Beuchler über den anderen Antrag der Gesellschaft, der darauf hinausgeht, die zu dem Bergwerk Gustav Adolf bei Lützen gehörigen Grundstücke und Kohlenabbaurechte durch eine neu zu bildende Aktiengesellschaft zu verwerten. Entweder soll Gustav Adolf verkauft oder verpachtet werden, wobei die Aktionäre von Werschen-Weißenfels ein mittelbares Bezugsrecht dadurch erhalten, daß Werschen-Weißenfels den vierten Teil dieser Aktien übernehmen kann. Dieser Antrag wurde, da für ihn nur die einfache Majorität genügt, mit ungefähr der gleichen Stimmenzahl wie vorher, angenommen. Auf verschiedene Anfragen der Minorität, mit welchem Kapital die neue Gesellschaft wohl ausgerüstet wurde, wurde bezeichnenderweise von der Verwaltung keine Auskunft erteilt.

*

Die angeblich „in Industriekreisen führende und volkswirtschaftlich gut unterrichtete „Hallische Allgemeine Zeitung" berichtete in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß die außerordentliche Generalversammlung der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen A.-G. „einstimmig die Kapitalserhöhung angenommen habe". Da in Halle gerade der in dieser Gesellschaft tobende Kampf der feindlichen Brüder allgemein bekannt ist, wird die Naivität der „Allgemeinen" um so mehr.

* **Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik vormals W. Pickel, A.-G., in Wahren bei Leipzig.** (Eigener Drahtbericht.) Vorgeschlagen werden 15 Prozent (im Vorjahre 10 Prozent) Dividende sowie Kapitalserhöhung um 4 auf 10,5 Millionen Mark, wobei den alten Aktionären ein Bezugsrecht im Verhältnis 2:1 eingeräumt wird. Die ordentliche Generalversammlung findet am 25. Februar statt.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 26. Januar. Am Produktenmarkt blieb das Angebot für alle inländischen Landesprodukten besonders in Speise- und Futtererbsen sehr stark, ohne daß sich nennenswerte Kauflust zeigte. Namentlich für Kochwaren bestand soviel wie gar kein Interesse. Oelsaaten waren zu 250 Mark aus Schlesien angeboten, anscheinend wollen aber die Käufer nicht mehr als 220 Mark zahlen. Heu war flau, Stroh wurde wenig umgesetzt. Mais war etwas im Preise befestigt, auf das Anziehen der Devisenkurse. Wetter: trübe.

Die **Berliner Börse** blieb gestern geschlossen. Ein Antrag auf Einsetzung weiterer Börsenruhetage ist bisher, bei dem Börsenvorstand noch nicht eingegangen. In Börsenkreisen ist man verschiedentlich der Ansicht, daß angesichts des Nachlassens der Geschäftstätigkeit sich die Einsetzung weiterer Ruhetage erübrigt.

Berliner Produktenmarktpreise.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	26. Januar	25. Januar
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	140—145	140—145
„ kleine	120—130	120—130
Futtererbsen	110—115	110—115
Linsen	—	—
Peluschken	105—110	105—110
Ackerbohnen	115—120	115—120
Wicken	90—100	90—100
Lupinen, blaue	55—60	55—60
„ gelbe	63—70	63—70
Seradella, alte	50—65	50—65
„ neue	50—65	50—65
Vicia villosa	—	—
Raps	250	—
Rübsen	5—10	—
Leinsaat	250—290	250—290
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	53—58	53—58
Torfmelasse	53—54	52—54
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	27—30	29—32
Kleeheu	—	—
Stroh, drahtgepreßt	17—18½	17—18½
„ gebündelt	16—17½	16—17½
Roggen-Langstroh	20—22	20—22
Runkelrüben	7½—8½	7½—8½
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	—	—
„ per Januar	140—142	141

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 26. Januar. Preise für 1000 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 98—99%	1200/1225	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	250
Orig.-Hütten-Weichblei	450/460	Zinn (Banca-Straits-Billton)	4500
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	500/520	Hüttenzinnmind. 99%	3500
Remelted-Platten-Zink	340/350	Reinnickel (98-99%)	4100
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% in gekerbten Blöckchen	2700	Antimon (Regulus)	700
		Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	900
		Elektrolytkupfer per 100 kg	1750

Devisen-Notierungen Berlin, 26. Januar:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	1 938,10	1946,90	New-York	56,94	57,26
Brüss.-Antwerp.	425,25	426,45	Paris	405,55	406,65
Christiania	1 066,40	1068,60	Schweiz	890,10	900,90
Kopenhagen	1118,85	1121,15	Spanien	779,20	780,80
Stockholm	1223,75	1226,25	Wien (altes)	—,—	—,—
Helsingfors	189,40	190,20	Oesterr. abgest.	17,28	17,32
Italien	213,75	214,25	Prag	78,(2½	78,38
London	215,25	215,75	Budapest	11,78	11,71

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik Helmut Böttcher, für politische Nachrichten i. A. Erich Wasserschmitt; für Volkswirtschaft, Handel u. Sport Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gottheim. Für den Anzeigenteil: Paul Kerber, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192101271-19/fragment/page=0004